

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

Sitzung des Vorstandes der SPD am 7. und 8. August 1947 in Hannover

Die erste Sitzung des Vorstandes der SPD nach der Neuwahl in Nürnberg fand am 7. und 8. August in Hannover unter der Leitung von Oberbürgermeister Fritz Heussler, Dortmund statt. Als Gäste nahmen der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Wirtschaftsrates, Erwin Schöttle und der Vorsitzende des Exekutivrats, Ludwig Metzger, an den Besprechungen teil.

Nach der Einführung der neuen Mitglieder des Parteivorstandes referierte der Parteivorsitzende Dr. Schumacher über die sich aus der Schaffung und Tätigkeit des Wirtschaftsrates der Doppelzone ergebenden Probleme. Er wendete sich gegen die vom Unternehmerrflügel der CDU in Frankfurt betriebene kapitalistische Blockpolitik. Die SPD befehle, ungeachtet der zahlreichen Schönheitsfehler, die ihm entgegen, den Wirtschaftsrat und betreibt im Interesse des Volkes trotz des CDU-Herrschaftsanspruchs eine Politik der Opposition und nicht der Obstruktion. Der Ablauf der Dinge zeige die leichtsinnige CDU-Führungslosigkeit, die Nichtannahme von zwei Verwaltungskämtern durch die CDU schaffe keine neue politische Situation.

Nach eingehender Diskussion wurde der Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat gebilligt, "sich an der Übernahme von Direktorenämtern nur unter der Voraussetzung zu beteiligen, daß die Position des Direktors für Wirtschaft mit einem Sozialdemokraten besetzt wird".

Der Marshall-Plan und seine Auswirkungen auf Deutschland bildeten den zweiten Hauptpunkt der Beratungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Ausgehend von einer Darstellung der USA-Politik, sprach Dr. Schumacher als Referent Stellung zum Marshall- und Molotov-Plan. Im Mittelpunkt des Referates und der anschließenden Debatte standen die erneut auch in den Westzonen anlaufenden Demontagen, die von der Sozialdemokratie auf das entschiedenste abgelehnt werden. Es wurden zahlreiche Beispiele für unrechtmäßig und aus reinen Konkurrenzkampfgründen erfolgte Demontagemassnahmen vor allem in der französischen Zone angeführt, die freilich von der ungeheuerlichen Totaldemontage in der Ostzone bei weitem übertroffen werden.

Referate und Diskussion über das Verhältnis der Sozialdemokratie zu Kirchen und Gewerkschaften schlossen die Tagung. Dabei wurde in einem Referat des Leiters der sozialistischen Kulturzentrale, Arno Hennig, besonders ausführlich über Besprechungen mit Vertretern der Bekennenden Kirche berichtet. In diesen Gesprächen mit Kirchenvertretern ergab sich Übereinstimmung nicht nur über die Notwendigkeit von Sozialisierung, Landreform und Lastenausgleich, sondern auch darüber, daß die Kirche nicht zum verlängerten Arm einer Partei werden dürfe.

In der Aussprache über Gewerkschaftsprobleme, die mit einem Bericht von Egon Franke eingeleitet wurde, wandten sich die Parteivorstandsmitglieder einmütig gegen Spaltungsversuche aus CDU-Kreisen und gegen die Unterhöhlung der Gewerkschaften durch KP/HEG. Gemeinsam war die Auffassung, daß die Arbeit der sozialdemokratischen Betriebsgruppen als Gegenwirkung gegen diese Zersetzungstendenzen zu intensivieren sei.